



## Offener Brief

### Betrifft: Massive Zunahme neonazistischer Straftaten in Österreich

Das Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) vertritt die Überlebenden des nationalsozialistischen Konzentrationslagers Mauthausen. Es wird vom Österreichischen Gewerkschaftsbund, der römisch-katholischen Kirche und dem Bundesverband Israelitischer Kultusgemeinden getragen. Das Mauthausen Komitee Österreich gehört auch dem Comité International de Mauthausen an, in dem 21 Nationen vertreten sind.

Mit großer Besorgnis mussten wir erfahren, dass neonazistische Straftaten in Österreich massiv zunehmen. Allein vom Jahr 2009 auf das Vorjahr ist die Zahl der Anzeigen wegen NS-Wiederbetätigung um mehr als 30 Prozent gestiegen.

Aber auch der Umgang der österreichischen Behörden mit solchen Straftaten stellt für uns immer wieder Anlass zu großer Besorgnis dar:

Die beiden Schändungen der KZ-Gedenkstätte Mauthausen durch antisemitische und rassistische Schmierereien sind bis heute unaufgeklärt. Alle unsere Vorschläge zum besseren Schutz der Gedenkstätte hat das Innenministerium abgelehnt.

In Salzburg und in Ansfelden wurden Gedenksteine zerstört, die an jüdische NS-Opfer erinnern. Weder im einen noch im anderen Fall konnten die Täter bis heute ausgeforscht werden.

Die Hintermänner der Neonazi-Homepage „Alpen-Donau.Info“ sind bis heute nur zu einem kleinen Teil enttarnt. Die abscheuliche Hetzpropaganda wird fortgesetzt.

Die Aktivisten der rechtsextremen Splitterparteien „Nationale Volkspartei“ und „Bunte“ mussten sich bis heute nicht vor Gericht verantworten. Dabei ist das Beweismaterial schwerwiegend, und die Wahlbehörden haben schon vor mehr als eineinhalb Jahren Anzeigen wegen NS-Wiederbetätigung erstattet.

In mehreren Fällen fanden demokratisch gesinnte österreichische Bürger, die der Polizei neonazistische Straftaten meldeten, kein Gehör und keine Unterstützung.

Unverständlich erscheint uns auch, dass der Vater eines aktiven Rechtsextremisten als Verfassungsschutzbeamter tätig sein kann oder dass das Innenministerium sich weigert, die Zahl der zur Bekämpfung des Rechtsextremismus eingesetzten Beamten zu veröffentlichen.

Angesichts dieser Tatsachen richten wir an Sie den dringenden Appell, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, damit der massiv zunehmende Rechtsextremismus im Land endlich wirksam bekämpft wird, und damit sichergestellt wird, dass die Polizei- und Justizbehörden für ihre diesbezüglichen Aufgaben bestmöglich ausgestattet und geschult sind. Insbesondere ersuchen wir um rasche Maßnahmen zur Behebung der genannten konkreten Missstände.

Es gilt, menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Strömungen viel entschlossener als bisher entgegenzutreten. Das sind wir auch den Millionen in Mauthausen und anderen nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern Ermordeten schuldig.

In Erwartung Ihrer geschätzten Antwort verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Willi Mernyi  
Vorsitzender  
Mauthausen  
Komitee Österreich

Dr. Irmgard Aschbauer  
Vorsitzende Österr.  
Lagergemeinschaft  
Mauthausen

Hofrat Dr.hc. Hans Marsalek  
Mauthausen-Überlebender